

DIE LINKE.BO Bramsche, Am Wiemelsberg 3, 49656 Bramsche

Bürgermeisterin  
Liesel Höltermann  
Hasestr. 11

49565 Bramsche

**Bernhard Rohe**  
Am Wiemelsberg 3  
49565 Bramsche  
05465/209011

dielinke-bramsche@web.de

Bramsche, 19.01.2012

**Sitzung: Ortsrat Ueffeln am 13.02.2012**

**Betreff: Antrag gemäß § 56 NKomVG.**

**Öffentlicher Sachstandbericht über die Planungen des Ausbaus der B 218 zwischen den Ortsteilen Hesepe und Ueffeln der Stadt Bramsche durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr**

**Beschlussvorlage:**

**Der Ortsrat Ueffeln beschließt in seiner Sitzung am 13. Februar 2012 mit seiner Mehrheit:**

**Der Ortsrat Ueffeln fordert die Bürgermeisterin der Stadt Bramsche auf, sie möge die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr auffordern den Stand des Planungen für den Ausbau der B 218 zwischen Hesepe und Ueffeln öffentlich zu erläutern.**

**Sachverhalt / Begründung:**

Ein Planfeststellungsverfahren wird immer dann angesetzt, wenn es sich um ein komplexes Planungsvorhaben von übergeordneter Bedeutung handelt. Ein solches Planungsvorhaben kann ein Flughafen oder ein Bahnhof, eine Wasserstraße oder eine Autobahn oder aber eine Bundesstraße sein. Das alles sind Projekte, die in die Substanz der Natur eingreifen und die Belange vieler Menschen betreffen. Der Sinn eines solchen Verfahren ist es, die Bürgerinnen und Bürger ordentlich anzuhören und ihre Einwände und Bedenken entsprechend zu berücksichtigen. Ein solches Verfahren sollte nicht zur Rechtfertigung getroffener Entscheidungen der Behörden gegenüber der/ dem Bürgerin/ Bürger dienen. Die Größe und der Umfang der Baumaßnahme kann nicht zur Ermessenssache der Behörden werden. Durch das bisherigen Verfahren wird das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Behörden und Verwaltungen verstärkt. Es fehlt die Erkenntnis, dass die Verwaltungen den Menschen der Region zu dienen haben und nicht

der Wirtschaft und ihren Verbänden, die meist als Gewinner aus den Großprojekten gehen. Das sehen selbst konservative Politiker wie der ehemalige Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, so: “Diese Art von Politik führt dazu, dass die Bürger den Konsens verweigern, weil über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Das ist das Gegenteil dessen, was man heute machen muss”.